

krogramm pro Liter steigen, was alle drei Monate kontrolliert werden soll. Für Kleinkinder unter einem Jahr wurde das Wasser allerdings gesperrt. Zur Zubereitung von Babynahrung muß in dem Ort nun geeignetes Mineralwasser verwendet werden. Dafür liegt

der Grenzwert bei 2 Mikrogramm pro Liter.

Zu Uran im Trinkwasser aus Phosphor-Düngemitteln siehe den Bericht von Ewald Schnug in der Ausgabe des Strahlentelex vom Juli 2012: www.strahlentelex.de/Stx_12_612_S03-10.pdf ●

Atommüll-Lager

Die Auseinandersetzung um Gorleben gerät zur Hängepartie

Bürgerinitiative fordert Rückbau und übt scharfe Kritik an grüner Atommüll-Politik

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat beim niedersächsischen Landesbergamt einen Antrag auf Verlängerung des Hauptbetriebsplans um drei Monate gestellt. Das erfuhr die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) auf Nachfrage beim Bundesamt. Vor zwei Jahren hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung das Gorleben-Moratorium beendet und die Arbeiten im „Erkundungsbereich I“ wurden wieder aufgenommen.

Der gültige Hauptbetriebsplan läuft eigentlich zum 30.9.2012 aus. Die Gorleben-Gegner sind über die Unklarheit, was aus Gorleben werden soll, empört. Bundesumweltminister Peter Altmaier hatte vor kurzem sogar davon gesprochen, daß lediglich ein weiterer Standort neben Gorleben untertätig erkundet werden solle. „Damit bleibt Gorleben allen politischen Ansagen zum Trotz Referenzstandort und das liefe auf einen Offenhaltungsbetrieb hinaus“, kritisieren die Umweltschützer. Diese Variante widerspreche der Beteuerung der Verhandlungsführer, ein angestrebter Neustart der Endlagersuche ginge von einer weißen Landkarte aus, weil Gorleben als Standort gesetzt bleibt, hält BI-Sprecher Lenart Müller den Verhandlungsführern vor.

Das BfS bestätigte nun, daß über den 30. September 2012 hinaus unter Tage weiter gearbeitet wird: „Das Bundesumweltministerium hat das BfS am 13. Juli in einem Erlaß angewiesen, die DBE [Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe; sie betreibt in Gorleben das Bergwerk] aufzufordern, die zum 30.9.2012 auslaufenden Verträge mit den Bergleuten in Gorleben bis zum 31.12.2012 zu verlängern.“ Weiter heißt es: „In dem oben erwähnten Erlaß wird das BfS auch gebeten, eine Verlängerung des Hauptbetriebsplans bis zum 31.12.2012 zu beantragen. Das BfS hat bereits im Juni in Abstimmung mit dem BMU einen Antrag auf Verlängerung des Planes beim Landesbergamt gestellt.“ Diese Verlängerung werde benötigt, unabhängig davon wie es in Gorleben konkret weitergeht. Der Betreiber des Bergwerks müsse einen gültigen Hauptbetriebsplan vorweisen können, wobei es keine Rolle spiele, ob Gorleben künftig weiter untersucht, lediglich offen gehalten oder zugeschüttet wird. Da der derzeitige Hauptbetriebsplan zum 30.9.2012 auslaufe und es noch keine politische Entscheidung über das weitere Vorgehen in Gorleben gebe, habe das BfS zunächst eine

zeitlich eng befristete Verlängerung des derzeit geltenden Hauptbetriebsplans beantragt. Einen neuen Hauptbetriebsplan auf einer anderen Basis als bisher, etwa zur Offenhaltung oder zur Stilllegung des Bergwerks, könne das BfS erst beantragen, wenn es eine politische Entscheidung für ein solches Vorgehen gibt. Eine längerfristige Verlängerung des derzeitigen Planes, der ja die Erkundung zum Ziel hat, wäre „aufgrund der derzeitigen politischen Debatte und der angekündigten Entscheidung in der Endlagerfrage fachlich nicht nachvollziehbar gewesen.“

„Damit wird Gorleben zur Hängepartie. Seit Beginn der Verhandlungen wurde ein Bau- und Erkundungsstopp als Voraussetzung für die Gespräche zwischen Regierungsparteien, Grünen und SPD versprochen“, beklagt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Gesellschaftlicher Konsens statt Parteienkonsens gefordert

Mit Unverständnis haben Atomkraftgegner aus der Region Gorleben zudem auf den Beschluß des Bundesvorstands der Grünen (<http://bit.ly/Mb4MFa>) reagiert, die Verhandlungen zum Endlagersuchgesetz zügig abschließen zu wollen und darauf zu drängen, das Gesetz bereits im September 2012 in den Bundestag einzubringen.

Besonders empört ist man im Wendland darüber, daß die Grünen-Spitze diese Eile damit begründet, daß eine Verzögerung der Entscheidung zu Lasten von Gorleben und den dort betroffenen Menschen gehen würde. „Leider hat der Bundesvorstand der Grünen nicht einmal gefragt, ob die Menschen vor Ort das eigentlich auch so sehen“ heißt es in einem am 16. Juli 2012 veröffentlichten Brief, den Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, der Bäuerlichen Notgemeinschaft, der Rechts-

hilfe Gorleben und der Organisationen ContrAtom und .ausgestrahlt an den grünen Bundesvorstand richteten. „Wir wollen nicht als Begründung für eine Politik mißbraucht werden, die genau das Gegenteil dessen bewirkt, was sie zu leisten vorgibt!“ heißt es darin.

In dem Brief aus dem Wendland, der von weiteren Organisationen aus der Umweltbewegung wie BUND, Campact, Naturfreunde und Robin Wood unterstützt wird, fordern die Unterzeichnenden eine über einen Parteienkonsens hinausgehende gesellschaftliche Atommüll-Debatte, um einen wirklichen gesellschaftlichen Konsens über das Suchverfahren zu finden: „Wer es besser machen will als in den vergangenen 35 Jahren, wer es mit dem immer wieder postulierten Neustart wirklich ernst meint, der muß sich die Zeit nehmen, zu einem echten gesellschaftlichen Konsens in der Atommüll-Frage zu kommen. Entscheidend ist dabei, daß die Bevölkerung Vertrauen in das Verfahren und die Akteure gewinnt. Nur dann wird das Verfahren zum Erfolg führen.“ Und weiter: „Von Trittin bis Altmaier gehen alle Beteiligten offenbar davon aus, daß eine Einigung der Parteien für ausreichende Legitimität sorgt, um den Konflikt um die strahlenden Hinterlassenschaften des Atomzeitalters befrieden zu können. Dabei haben sie die Bevölkerung, die Betroffenen ihrer Politik, vollkommen aus den Augen verloren und ignorieren wesentliche Forderungen aus der Zivilgesellschaft.“

Selbst der Bundesumweltminister wird zitiert, um die Forderung nach mehr Zeit für die Beteiligung der Zivilgesellschaft zu untermauern:

„Peter Altmaier sagte zur Bürgerbeteiligung beim Netzausbau: ‚Wenn es besonders schnell gehen soll, muß man sich besonders viel Zeit nehmen und man muß auf die

Menschen zugehen, muß mit ihnen diskutieren.“ Um wieviel mehr muß dies bei der Atommüll-Frage gelten!“

Die Briefschreiber sehen die Atommüll-Politik am Scheideweg: „Es liegt in den Händen derer, die derzeit in den Bund-Länder-Gesprächen über die Atommüll-Frage verhandeln, ob die Suche nach einem Lagerplatz in Zukunft mit oder gegen die Anti-Atom-Bewegung, mit oder gegen die betroffene Bevölkerung organisiert wird. Und wir sagen es ganz deutlich: Wie es bisher läuft, führt es zu einem klaren Gegeneinander.“

Völliges Unverständnis äußern die Autorinnen und Autoren über das Argument aus den Parteien, eine Einigung müsse noch schnell vor den aufziehenden Wahlkämpfen durchgezogen werden: „Die Behauptung, das Zeitfenster für die Arbeit am Endlager-suchgesetz würde demnächst geschlossen, ist eigentlich eine Bankrotterklärung der Politik. Denn sie bedeutet nichts anderes, als daß sich die Parteien selbst in der Atommüllfrage die Fähigkeit absprechen, auf parteistrategische Machtspiele zu verzichten und auch in Wahlkampfzeiten gute und verantwortungsvolle Politik zu machen.“ Der Brief endet mit einem Zitat aus dem Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im November 2011 zum Thema Bürgerbeteiligung: „Erst die breite Beteiligung aller, die an Entscheidungen teilhaben wollen, bringt die Vielfalt an Ideen, Perspektiven und Möglichkeiten auf den Tisch, die für die besten Lösungen nötig ist. Ein Auskugeln hinter verschlossenen Türen hingegen begünstigt die Vorteilnahme Einzelner und führt zur Frustration der Vielen.“

Sylvia Kotting-Uhl, atompolitische Sprecherin der Grünen, meint dagegen, die Unterzeichner verurteilten „ein Gesetz, das sie noch gar nicht

kennen, und gehen sofort in eine Antihaltung“. So könne Beteiligung auch nicht funktioniert, sagte sie der Zeitung taz vom 17. Juli 2012 zu-

Atommüll / Atomwirtschaft

Lagerung des eigenen Atommülls mit Gewinngarantie für AKW-Betreiber

Kritik an Sonderstellung der DBE bei der Endlagersuche nach Akteneinsicht beim Bundesamt für Strahlenschutz

Sonderbares förderte die Akteneinsicht zu Tage, die die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) nach dem Umweltinformationsgesetz beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beantragt hatte. Die BI wollte wissen, welche Rolle die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) im Atommüllgeschäft spielt.

Wie die Bürgerinitiative am 12. Juni 2012 berichtete, wird der DBE in einem Kooperationsvertrag aus dem Jahr 1984 zwischen der Vorläuferbehörde des BfS, der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), eine einzigartige Monopolstellung eingeräumt: Die DBE wird nicht mehr mit Einzelprojekten wie Gorleben und dem Schacht Konrad, sondern generell mit der „Planung und Errichtung der Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle“ beauftragt. So übernahm die DBE nach der Wende auch die Einlagerung des Atommülls im ehemaligen DDR-Atommüllendlager Morsleben. Dieses Geschäftsmodell steht auch Pate für das Endlager-suchgesetz, das zur Zeit zwischen dem Bundesumweltminister Altmaier (CDU), den Grünen und der SPD ausgehandelt wird.

„Dazu muß man wissen, daß die DBE zwar ursprünglich

folge. Es sei politisch nicht durchsetzbar, Gorleben von vornherein als Endlager auszuschließen. ●

eine bundeseigene Gesellschaft war, vor Vertragsschluß jedoch zu 75 Prozent von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) übernommen wurde, die als Tochterunternehmen der Atomstromproduzenten unter anderem für die Zwischenlagerung in Ahaus und Gorleben zuständig ist und das mit einer vertraglich vereinbarten Gewinngarantie in Höhe von 3,25 Prozent“, erklärt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Auf diese Weise verdienen die Atomstrom- und Atommüllproduzenten auch noch an der Lagerung des eigenen Mülls.

Hintergrund: Nach der Endlagervorausleistungsverordnung müssen die vier AKW-Betreiber E.on, RWE, Vattenfall und EnBW zumindest für den Ausbau von Schacht Konrad und Gorleben zahlen. Ehmke: „Das Geld fließt über die DBE gleich wieder an die Atomstromer zurück, und zwar fest verzinst. Die hohen Kosten für die Sanierung Morslebens und der Asse II nach deren Schließung tragen hingegen die Steuerzahler.“ Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen hervorgeht, hat die DBE bis zum Jahr 2008 auf diesem Wege Aufträge im Wert von 2,36 Milliarden Euro durchgeführt.

Daß an Gorleben als Endlagerstandort festgehalten wer-

den soll, liegt in erster Linie an diesem Geschäftsmodell, ist man sich bei der BI sicher. Auch in den Gesetzentwurf für die geplante neue Endlagersuche drohe das Modell Eingang zu finden, warnt BI-Sprecher Lennart Müller. Ganz gleich, ob eine neue Bundesbehörde für die Endlagerung geschaffen wird, die DBE könne dabei weiter ihre Sonderrolle behaupten; im Gesetzentwurf wird dazu für die ober- und untertägige Erkundung ein „Vorhabenträger“ ausgelobt.

Die BI hat deshalb Juristen eingeschaltet, um die Rechtmäßigkeit des bisherigen Verfahrens, bei dem es keinerlei Ausschreibung gegeben hat, prüfen zu lassen und warnt davor, daß den Abfallverursachern mittels DBE weiterhin diese Privilegien eingeräumt werden. ●

Atomausstieg

Masterplan für Atomkraftwerk-Abriß

Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) will den Abriß der 17 deutschen Atomkraftwerke koordinieren und zu diesem Zweck das Genehmigungsverfahren von den Ländern auf den Bund übertragen. Nach Informationen des Wirtschafts magazins 'Capital' (Ausgabe 7/2012, EVT 21. Juni) läßt Altmaier derzeit einen Masterplan für den Rückbau des nationalen Kraftwerk-Parks entwickeln. Ziel sei es, sowohl die technische Vorgehensweise als auch das komplizierte Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Andernfalls fürchtet man im Ministerium ein drohendes Atommüll-Chaos.

Bisher sind für die Genehmigung von baulichen Veränderungen an Atomanlagen die